

Avanti ²

Theoriebeilage
Ernest Mandel –
Marxist und Visionär
von
Winfried Wolf

ISO Rhein-Neckar

TITAN(IC) KAPITALISMUS



WEHRE SICH, WER KANN!

INHALT

TITEL

- 01 KAPITALISMUS**
Wehre sich, wer kann?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 FRANKREICH**
Nach den Protesten

SEITE DREI

- 03 KAPITALISMUS**
Wehre sich, wer kann?

DAS GESPRÄCH

- 04 GRUNDRECHT AUF ASYL**
Ausbau der Festung Europa

TEUERUNG

- 05 PREISTREIBEREI**
Verstoß gegen Menschenwürde?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

- 06 FRANKREICH**
Gewerkschaften und Protest

- 07 UKRAINE**
Gewerkschaftliche Solidarität?

- 07 BR-MOBGING I**
Konferenz „BR im Visier“

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der „Titan(ic) Kapitalismus“ treibt die Welt von einer bedrohlichen Krise in die nächste.

Die wilde Jagd nach immer höheren Profiten beschleunigt die Klimakatastrophe, die Kriegs- und Preistreiberei, die Aushebelung von Grund- und Menschenrechten und nicht zuletzt den aufhaltsamen Aufstieg des Neofaschismus.

Wir befassen uns in der vorliegenden *Avanti*² mit unterschiedlichen Aspekten dieser sehr bedrohlichen Lage. Unsere Schlussfolgerung lautet: „Wehre sich, wer kann!“

Die Theoriebeilage enthält Winfried Wolfs kaum bekannten, sehr persönlichen und auch deshalb lesenswerten Nachruf „Ernest Mandel – Marxist und Visionär“.

Wir hoffen auf Euer Interesse an der Sommer-Ausgabe von *Avanti*²!

Eure Redaktion

Titelbild: Bildmontage unter Verwendung eines Plakats des Betriebsrates von ABB Mannheim, 1998.

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

- 08 BR-MOBGING II**
Wie Dulger stoppen?

- 08 NACHRUF**
Reinhard Gebhardt

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 09 KONFERENZ**
Ökologischer Sozialismus?

- 10 LESEKREIS**
Lange Wellen im Kapitalismus

- 11 SOMMERSEMINAR**
Kapitalismus oder Sozialismus?

- 11 SOMMERFEST**
Zeit zum Feiern

RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 HAMBACHER FEST**
Musik am Schloss?

- 12 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 ERNEST MANDEL**
Marxist und Visionär

Frankreich

Eine antikapitalistische Alternative aufbauen!

M. G.

Die Situation verschlechtert sich für die arbeitende Klasse in Frankreich immer mehr.

Trotz einer massiven und einheitlichen Bewegung gegen die „Rentenreform“ hat die Regierung ihr Vorhaben autoritär und mit Gewalt durchgesetzt. Auch gegen die Umweltbewegung reagiert die Regierung repressiv.

Die Wirtschaftskrise (beginnende Rezession, anhaltende Inflation) und die Klimakrise (schnellere Erderwärmung, weitere Naturzerstörung) vertiefen sich.

Die neoliberale Politik stärkt die extreme Rechte, die Wut und individuelle Verzweiflung für ihre Zwecke kanalisiert. Es bedarf aber kollektiver und solidarischer Antworten, um eine andere Gesellschaft aufbauen zu können.

Dazu braucht es nach Ansicht unserer Schwesterorganisation Neue Antikapitalis-

tische Partei (NPA) eine Ausweitung und Vernetzung der Kämpfe für Lohnerhöhungen, gegen unnötige und umweltzerstörende Großprojekte und für gleiche Rechte. Die NPA tritt ein für automatischen Inflationsausgleich, Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich, Vergesellschaftung der Banken und Energiekonzerne, offene Grenzen, Gleichberechtigung von Frauen und Männern ...

Geld zur Umsetzung eines solchen Aktionsprogramms gibt es genug. Das Vermögen der 42 französischen Milliardäre ist in zwei Jahren um 58 % gestiegen. Die 40 größten börsennotierten Unternehmen haben im letzten Jahr 152 Mrd. Euro Gewinn gemacht.

Macron und das gesamte politische Per-

sonal, das das kapitalistische System verwaltet, muss nach Auffassung der NPA dringend gestoppt werden. Das geht nur durch eine starke Gegenmacht. Aus diesem Grund initiiert die NPA zusammen mit anderen Strömungen ab dem 2. Juli antikapitalistische Foren.



Rentendemo in Straßburg, 6. Juni 2023.

Foto: Photothèque Rouge

Titan(ic) Kapitalismus – Wehre sich, wer kann!

H. N.

Die Implosion des U-Boots Titan auf der Tauchfahrt zum Wrack des Ozeandampfers Titanic spiegelt den Zersetzungsgrad des Kapitalismus und des Personals der herrschenden Klassen wider.

Eine Handvoll Milliardäre und „Abenteurer“ buchte für schlappe 250.000 US-Dollar pro Person das finale Ticket in die Tiefen des Nord-Atlantik, um sich an den Trümmern der Titanic zu ergötzen.

Schon 2018 hatte die US-Gesellschaft für Meerestechnik ihre „einstimmigen“ Bedenken wegen der Unsicherheit der Titan an die Betreiberfirma Ocean Gate übermittelt.

Deren Gründer, Stockton Rush, hatte sich aber nicht nur geweigert, die Titan durch unabhängige Gutachter prüfen zu lassen. Er hatte sich offenbar auch damit gebrüstet, bewusst Vorschriften missachtet zu haben: „Es kommt darauf an zu entscheiden, welche Regeln man bricht, um andere und die Gesellschaft voranzubringen.“ (Rush laut FAZ vom 24. Juni 2023.) Rush war übrigens einer der fünf Insassen der Titan ...

Entfesselter Spätkapitalismus

Rushs Arroganz ist Ausdruck des entfesselten Spätkapitalismus unserer Tage. Dessen Vorgeschichte muss kurz in Erinnerung gerufen werden. 1945 markierte das Ende sowohl des Zweiten Weltkriegs als auch des Faschismus in Deutschland und Italien. Die Herrschenden in Ost und West verständigten sich danach, gemeinsam den Kapitalismus im Westen und den Stalinismus im Osten vor der „Gefahr“ neuer sozialistischer Revolutionen zu schützen.

Auch das deutsche Grundgesetz ist der Ausdruck eines Klassenkompromisses. Es schreibt keineswegs den Kapitalismus als Wirtschaftsform fest. Von einer „sozialen“ oder „freien Marktwirtschaft“ ist darin keine Rede.

Während des „Kalten Kriegs“ zwischen West und Ost (1947 bis 1989) setzte sich die zunächst sehr randständige neoliberale Ideologie zur weltweiten Heilslehre der herrschenden Klassen durch. Am 11. September 1973 markierte der blutige, von den USA gestützte Militärputsch gegen die demokratisch gewählte reformistische Linksregierung Chiles unter Salvador Allende den historischen Durchbruch des Neoliberalismus.

Dessen Mantra aus „Deregulierung“, „Flexibilisierung“ und „Privatisierung“ wurde ab 1979 auch in der BRD immer mehr verkündet. Wirtschaftliche Profiteure dieser Entwicklung sind vor allem die Konzerne und die Superreichen. Politische Nutznießer sind zunehmend extrem rechte und faschistische Strömungen und Parteien.

Ihre Antworten und unsere

Die Kosten der vielfältigen Krisen wachsen immer schneller. Schätzungen gehen für die BRD von derzeit weit über 2 Billionen € aus. Die winzig kleine herrschende Klasse (0,1 % der Bevölkerung) wälzt diese Krisenlasten auf die große Mehrheit ab.

Die „Konkurrenzfähigkeit“ des deutschen Kapitalismus soll durch die „Transformation“ zu einem „grünem“ Kapitalismus gesichert werden. Der strategische Vorrang privater Profitinteressen verursacht zunehmend chaotischere und gefährlichere krisenhafte Entwicklungen.

Umso nötiger ist eine effektive Abwehr der aktuellen Bedro-

hungen im Interesse der arbeitenden Klasse, der Erwerbslosen, der Jugend und der alten Menschen.

Diese Perspektive erfordert einen 10-Punkte-Aktionsplan öffentlicher Aufgaben und Maßnahmen zur Bekämpfung des Profitsystems (siehe Kasten). Wesentlich dabei ist die Erringung der gesellschaftlichen Kontrolle über die entscheidenden Sektoren der Wirtschaft.

Was tun?

Die Veränderung der politischen und soziale Kräfteverhältnisse ist entscheidend für die Stärkung der Gegenmacht der arbeitenden Klasse. Letztere ist abhängig von der Initiierung, Ausdehnung und Vernetzung der Bewegungen, Kämpfe und Streiks von unten. Unerlässlich ist dafür der Aufbau einer solidarischen Front der sozialen und ökologischen Bewegungen sowie der handlungsbereiten linken und gewerkschaftlichen Organisationen – gegen den Titan(ic) Kapitalismus! ■

1. Zur Verhinderung der Klimakatastrophe ist eine grundlegende Wende in allen Bereichen erforderlich. Jeder Sektor ist sowohl für sich als auch im Gesamtzusammenhang zu betrachten und im Sinne der Klimagerechtigkeit zu verändern.
2. Die Durchsetzung des Rechts auf Menschenwürde für alle ist elementar – insbesondere für die arbeitende Klasse..
3. Gegen Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung ist die Arbeit durch die dynamische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf alle zu verteilen. Entlassungen sind zu verbieten.
4. Alle Formen prekärer Beschäftigung sind zu untersagen.
5. Gegen Preistreiberei ist ein automatischer Inflationsausgleich wie in Belgien oder Luxemburg durchzusetzen. 15 € Mindestlohn und eine Grundsicherung von 1.500 € für alle!
6. Ein umfassender und präventiver gesellschaftlicher Gesundheitsschutz ist für alle zu gewährleisten. Der planmäßige Aus- und Aufbau eines nicht an Profitinteressen orientierten Gesundheitssystems ist daher zwingend.
7. Wohnen ist ein Grundrecht. Seine Durchsetzung erfordert die Vergesellschaftung von Grund und Boden vor allem in Städten, das Verbot von Immobilienspekulation und die Enteignung von Wohnungskonzernen.
8. Bildung und Kultur für alle ist ein Menschenrecht. Es ist durch die Überwindung der neoliberalen Zerstörungen dieser Bereiche und ihren geplanten Aus- und Neuaufbau zu verwirklichen.
9. Alle Massenmedien sind der Aufklärung, Bildung, Information sowie dem Kampf gegen Diffamierung und Diskriminierung zu verpflichten. Vor allem die von Konzernen beherrschten digitalen Bereiche müssen vergesellschaftet werden.
10. Das Geld zur Finanzierung solcher Maßnahmen ist da. Superreiche und Konzerne müssen endlich einen Beitrag leisten: durch eine Solidaritätssteuer von 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Mio. €, durch Beschlagnahme aller zur „Steuer-Optimierung“ versteckten Milliarden und durch Einführung einer Vermögenssteuer von 80 % für alle Einkommen, die das Tausendfache des Durchschnitts betragen.

Weiterer Ausbau der Festung Europa

Was tun gegen die zunehmende Aushöhlung des Rechts auf Asyl?

Der EU-Rat hat sich am 8. Juni 2023 auf einen Vorschlag zur weiteren Aushebelung des Asylrechts geeinigt. Er soll dem Europäischen Parlament zur Befassung und Abstimmung vorgelegt werden. Über die Pläne der EU und Proteste dagegen sprach *Avanti*² mit der Seebrücke Mannheim.*

Was sind die zentralen Änderungen, die in dem Vorschlag angedacht sind?

Die neue „Reform zum Gesamteuropäischen Asylsystem“ (GEAS) bedeutet im Kern, dass die Aufnahmeverfahren in Lagern an den EU-Außengrenzen stattfinden sollen. Wir müssen damit rechnen, dass Schutzsuchende unter Haftbedingungen massenhaft abgefertigt werden.

Dabei wird die inhaltliche Prüfung der Fluchtgründe in den Hintergrund rücken. In erster Linie beschränkt sich das Verfahren auf die Frage, ob ein Asylantrag als unzulässig abgewiesen werden kann oder nicht. Das ist immer dann der Fall, wenn die Schutzsuchende Person über einen angeblich „sicheren Drittstaat“ in die EU geflohen ist. So kann eine geflüchtete Person aus Syrien in die Türkei zurückgeschoben werden, wenn sie sich dort während ihrer Flucht kurz aufgehalten hat. Parallel dazu sollen die Kriterien, wann ein Staat als sicher gilt, weiter heruntergeschraubt werden.

Was bedeutet das ganz konkret für Menschen auf der Flucht?

Menschen werden gezwungen, immer gefährlichere Routen zu nehmen, um die neuen vermeintlich „sicheren Drittstaaten“ zu umgehen. Das kann und wird sie zum Beispiel über den Atlantik führen. Trotz der mutigen Arbeit von zivilen Organisationen zur Seenotrettung sind im Mittelmeer seit 2014 bis heute mindestens 26.832 Geflüchtete ertrunken. Die Dunkelziffer ist extrem hoch. Doch die Route über den Atlantik ist noch gefährlicher.

Für Menschen, deren Asylantrag bewilligt wird, wurde eine gerechte und solidarische Verteilung auf alle EU-Länder versprochen, aber nach den neuen Regelungen können sich Staaten

„freikaufen“, anstatt Menschen aufzunehmen.

Weshalb wollen die EU-Staaten mit den weiteren Restriktionen das eigens eingeführte Asylrecht weiter abschaffen?

Die Verantwortlichen schaffen es nicht, ein solidarisches Aufnahmesystem aufzubauen, und beugen sich dem Druck der Rechtspopulist:innen und Faschist:innen. Es braucht jetzt eine solidarische Gegenbewegung, die deutlich macht, dass wir die Untergrabung des Rechts auf Asyl nicht mittragen!

Da bewegt sich ja bereits etwas. Wer sind die Akteure der aktuellen Proteste, und was braucht es Eurer Ansicht nach, um unsere ungebrochene Solidarität mit flüchtenden und geflüchteten Menschen zu zeigen?

Ein Bestandteil des Widerstands sind verschiedene Nichtregierungsorganisationen und Menschen, die sich der Verantwortung des globalen Nordens für die Fluchtursachen bewusst sind. Sie setzen sich dafür ein, dass Menschenrechte für ALLE gelten.

Des Weiteren leisten zum Beispiel Seenotrettungsorganisationen und andere Gruppen Engagierter Unterstützung für Menschen, die aus Seenot gerettet werden, und für ankommende Menschen, die an den EU-Außen- wie Innengrenzen Schutz suchen.

Einzelne Gruppen machen illegale „Push-Backs“ transparent, also gewaltsames Zurückdrängen an den EU-Grenzen. Sie versuchen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Durch unabhängige Untersuchungen und Öffentlichkeitsarbeit treten sie für die Wahrung der Menschenrechte insbesondere an den EU-Außengrenzen ein.

So gibt es innerhalb der EU viele Akteur:innen und Bündnisse, die sich für eine sichere Aufnahme und Teilhabe der Menschen in ihren Städten einsetzen. Wir sehen, es gibt sie, die solidarische Zivilbevölkerung. Es ist jetzt notwendig, dass wir uns noch besser vernetzen, organisieren und gemeinsam Druck aufbauen. Zudem müssen wir auch unsere gewählten Vertretungen in die Verantwortung ziehen. Schreibt Euren EU-Abgeordneten!

Das Untergraben des Rechts auf Asyl, das Brechen der Wahl- und Koalitionsversprechen, aber besonders die riesige Diskrepanz zwischen Menschenrecht, bisherigem Recht und neuer „Asylreform“ dürfen nicht hingenommen werden. Deswegen müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die „Reform“ noch aufzuhalten.

Und falls die „Reform“ vom EU-Parlament gebilligt werden sollte, muss geklagt werden, denn sie verstößt gegen die von der EU ratifizierte Genfer Flüchtlingskonvention.

Wir brauchen eine Politik, die sich nicht den Rechten beugt. Sondern eine Politik, die die Menschen und nicht das Kapital in den Mittelpunkt stellt!

* [Die Fragen für *Avanti*² stellte N. B. am 22. Juni 2023.] ■



Kundgebung Seebrücke in Mannheim, 23. Mai 2020.

Foto: *Avanti*².

Weitere Kundgebung gegen Preistreiberei

„Inflation ist Verstoß gegen die Menschenwürde“

E. B.

Am Dienstag den, 13. Juni 2023, fand auf dem Mannheimer Paradeplatz die sechste Kundgebung des Aktionsbündnisses „Solidarität statt Preistreiberei!“ in diesem Jahr statt.

Mehrere kurze Redebeiträge beleuchteten die aktuellen Entwicklungen beim Inflationsgeschehen und die schwerwiegenden Folgen für die weiter zunehmende soziale Spaltung der Klassengesellschaft.

Ein zentraler Punkt wurde bei der Aktion gegen Preistreiberei besonders herausgestellt. Die Teuerung ist noch lange nicht beendet. Nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) soll sich die Bevölkerung für „die nächsten fünf bis zehn Jahre“ weiter auf hohe Inflationsraten einstellen.

Aushöhlung des Grundgesetzes

Ein zweites wichtiges Thema der Kundgebung war die beschleunigte weitere Aushöhlung des Grundgesetzes (GG). Die Bundesrepublik ist laut GG ein „sozialer und demokratischer Rechtsstaat“ mit garantierten Grundrechten und der Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte.

In der Realität sieht es jedoch mit der Achtung unserer Grund- und Menschenrechte laut *Grundrechte-Report 2023* gar nicht gut aus (www.grundrechte-report.de/).

Das zeigt sich auch am Beispiel der Teuerung. Von ihr sind hauptsächlich einkommensarme und „armutsgefährdete“ Personengruppen betroffen, weil ihnen im Unterschied zu Wohlhabenden finanzielle Rücklagen fehlen.

Für Menschen mit sehr niedrigen Einkommen ist die Inflation verheerend. Angesichts der anhaltenden Preissteigerungen reicht das Geld aus der Grundsicherung nicht aus, um das Existenzminimum zu sichern.

Das sei ein Verstoß gegen die Menschenwürde, die im Grundgesetz gleich an erster Stelle garantiert wird, befindet die Juristin Sahra Lincoln von der Gesellschaft für Freiheitsrechte. „Wenn immer mehr Menschen verarmen, während einige wenige immer reicher werden, steht das in Konflikt mit dem Sozialstaatsgebot und dem Schutz der Würde der Betroffenen“, ist im Vorwort des *Grundrechte-Reports 2023* zu lesen.

Weiterer Reallohnabbau?

Eine dritte bedeutende Frage wurde bei der Aktion am Paradeplatz angesprochen: die weitere Absenkung der Reallohne. Zwar konnten die Tarifabschlüsse der letzten Monate die Verluste abschwächen, aber im ersten Quartal 2023 sind sie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erneut gesunken – um 2,3 %. Zumindest teilt diese Zahl das Statistische Bundesamt mit, das allerdings zuvor die Berechnungsgrundlagen geändert hatte.

Bis Ende 2024 werden die Preise voraussichtlich annähernd 20 Prozent höher sein als noch 2020. Die Löhne steigen aber nur um 14 Prozent. Die Reallohne schrumpfen also um sechs Prozent.

Entscheidend wird sein, wie die Gewerkschaften mit dieser Lage umgehen. Die letzten Tarifauseinandersetzungen haben nach Ansicht der Aktiven des Aktionsbündnisses ganz klar gezeigt: Die Zeiten „sozialpartnerschaftlich“ geführter Tarifverhandlungen sollten vorbei sein.

Offensive Tarifbewegungen

Nur offensive Tarifbewegungen mit Urabstimmung und gut organisierten Streiks bringen einen Inflationsausgleich. Dabei gilt, dass Festgeldforderungen unabdingbar sind, um die weit auseinanderklaffende Schere zwischen niedrigen und hohen Entgeltgruppen wieder schließen zu können.

Insbesondere müssen sich die Gewerkschaften schnell von ihrem Tarif-Klein-Klein verabschieden und möglichst gemeinsam streiken. Der parallele „Verkehrs-Streik“ von EVG und ver.di im Frühjahr hat eine Ahnung davon gegeben, welches Kräftepotenzial dann entfaltet werden kann.

Ein wichtiges Anliegen des Aktionsbündnisses soll nicht unterschlagen werden. Es ist höchste Zeit, sich auch hierzulande für einen automatischen Inflationsausgleich ähnlich wie in Belgien oder Luxemburg stark zu machen.

Allerdings werden die Vertreter des Kapitals – und in ihrem Windschatten die erstarkenden faschistischen Kräfte – nicht tatenlos Reduzierungen ihrer Profite hinnehmen. Das ist keineswegs nur eine wirtschaftliche, sondern eine eminent politische Frage. Darauf müssen sich Gewerkschaften, Linke und soziale Bewegungen einstellen. ■



Kundgebung gegen Preistreiberei in Mannheim, 13. Juni 2023. Foto: Avanti².

„Rentenreform“ in Frankreich

Keine weiteren gewerkschaftlichen Aktionstage?

BERNARD SCHMID

Das war's wohl. Die Einheitsfront (*Intersyndicale*) der französischen Gewerkschaften ruft zu keinen weiteren Aktionstagen gegen die im Frühjahr von der Regierung autoritär durchgedrückte „Rentenreform“ auf.

Der erste Aktionstag war am 19. Januar 2023 mit massiven Demonstrationen und Streiks frankreichweit durchgeführt worden. Der letzte Massenprotest fand am 6. Juni mit einer erheblich bröckelnden, doch noch sehr beachtlichen Mobilisierung statt.

Weitere Proteste im Herbst?

Am Donnerstag, den 15. Juni kamen in Paris die Spitzen aller wichtigen (ansonsten konkurrierenden) Gewerkschaftsverbände Frankreichs zusammen.

Dort beschlossen sie, untereinander einig bleiben zu wollen, legten jedoch keinen Aufruf für einen neuen Protesttermin fest. Jedenfalls wird es vor der Sommerpause keinen neuen Aktionstag geben.

Ihre gemeinsame Erklärung bekundet, die Auseinandersetzung um die „Rentenreform“ habe Spuren hinterlassen. Die Zurückdrängung der Parlamentsrechte durch die Exekutive im Zusammenhang mit ihrer Durchsetzung werfe „Fragen für die Zukunft“ auf, auch danach, wie Menschen künftig protestieren wollen.

Die *Intersyndicale* kündigte ihre aktive Einflussnahme sowohl auf die im Herbst 2023 anstehenden Verhandlungen über die paritätisch durch Kapital und Gewerkschaften verwalteten Zusatzrentenkassen (AGIRC-ARCCO) als auch auf die drohende „Reform“ der Arbeitslosenversicherung. Letztere soll nach dem Willen der Regierung insbesondere einen Arbeitszwang beim Bezug von Sozialhilfe festlegen.

Mitgliederzuwächse bei Gewerkschaften

Seit Anfang dieses Jahres, und selbstredend auch im Zusammenhang mit dem mehrmonatigen Konflikt um die „Rentenreform“, verzeichneten die französischen Gewerkschaftsverbände nicht unbeträchtliche Mitgliederzuwächse. Diese sollen Berichten zu-

folge bei rund 100.000 Beitritten liegen.

Demnach verzeichnete etwa die CGT von Januar 2023 bis zu ihrem Kongress (in der letzten Märzwoche 2023) eine Mitgliederzunahme um 30.000. Bei der CFDT seien von Anfang Januar bis Anfang Juni 2023 insgesamt 43.116 Neumitglieder verzeichnet worden. Dies seien 30 bis 40 % mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Allerdings steigt der gewerkschaftliche Organisationsgrad durch diesen Gesamtzuwachs nur um fünf Prozentpunkte. Dennoch ist bemerkenswert, dass viele prekär Arbeitende, Lohnabhängige in kleinen bis sehr kleinen Unternehmen und sehr viele junge und weibliche Beschäftigte darunter sind. Dies ist auch für die anhaltenden Auseinandersetzungen um Löhne und Inflationsausgleich von Bedeutung.

Anstieg bei Solidaritätsspenden

Wichtig ist, dass es in Frankreich, wo es historisch keine Streikkassen gibt und die Gewerkschaften als solche keine Streikgelder bezahlen, in diesem Jahr die Summen der durch Solidaritätszahlungen und Spendensammlungen finanzierten Streikgelder stark gestiegen waren.

Noch im Februar 2023 gingen die Summen, über die mehreren verstreute Streikkassen verfügten, in der Regel nicht über wenige Zehntausend Euro hinaus. Doch ab Mitte März, das heißt ab dem Zeitpunkt der Durchsetzung der „Rentenreform“ am Parlament vorbei und unter Ausschaltung des Abgeordneten-Votums, explodierten die Einzahlungen förmlich. Eine einzige Streikkasse wuchs bereits in der dritten Märzwoche auf über drei Millionen Euro an.

Aktiver gewerkschaftlicher Kern

Derzeit organisiert sich ein harter Kern rund um den von gewerkschaftlich Aktiven initiierten und über das Internet sowie bei diversen Veranstaltungen verbreiteten Aufruf *Nous ne tournons pas la page* („Wir werden nicht das Blatt wenden“). Er fordert eine Fortsetzung des Widerstands gegen die „Rentenreform“ mit allen jeweils zu Verfügung stehenden Mitteln und eine Aufrechterhaltung des politischen und sozialen Drucks auf die Herrschenden.

Bis mindestens zum 16. Juli 2023 wird die Initiative allsonntäglich im Pariser Park *Jardin des plantes* zur Mittagszeit Picknicks mit Inhalten zur Fortbildung zum Rententhema, über historische Inhalte („1936 - 1945 - 1968, verpasste Chancen?“) und zu politischen Themen der Arbeiterbewegung („Die Rolle der Gewerkschaften bei den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten 2011“) abhalten.



„Für die Rente mit 60!“ - CGT-Banner in Straßburg, 6. Juni 2023.

Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften unterstützen!

Seit Ende 2022 wird der Aufruf „Gewerkschaftliche Solidarität - Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften“ verbreitet. Wir dokumentieren im Folgenden Auszüge und schließen uns der dort enthaltenen Bitte um Unterstützung vor allem durch Weiterverbreitung, Unterschriften und Geldspenden erneut an.

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der ukrainischen Gesellschaft geführt. ... Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr. Gewerkschaftsmitglieder riskieren dabei zum Teil ihr Leben, in dem sie in östlichen Provinzen weiter in Krankenhäusern die Versorgung oder z. B. als Eisenbahner:innen die Verbindungen zur Bevölkerung im Osten aufrechterhalten.

Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine KWPU an. Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten durch die eigene Regierung. Diese beiden Gewerkschaften benötigen humanitäre Hilfe und unsere Solidarität. ...

Wir rufen zur Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf. Die Spenden sollen für humanitäre Hilfe an unsere gewerkschaftlichen Kooperationspartner:innen in der Ukraine

gehen – einerseits in Form von Geldspenden zur Unterstützung der Familien der Gewerkschaftsmitglieder, andererseits in Form von Lieferungen hier gekaufter Medikamente für die Gesundheitsversorgung in Krywyj Rih. Wir stehen mit aktiven Gewerkschafter:innen aus Kiew und Krywyj Rih in Verbindung, werden von ihnen Berichte und Verwendungsnachweise erhalten und möchten mittelfristig wechselseitige Besuche organisieren.“ ■

Spenden an:

Internationale Solidarität e. V. Stichwort „Ukraine Solidarität“, IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00

Namentliche Unterstützung:

Bitte mit Vor- und Nachname, Ort, Gewerkschaft an: Christian Haasen. Email: ukraine-solidaritaet@intersoz.org.

Bitte verbreitet diesen Aufruf unter Euren Kolleginnen und Kollegen!

„Solidarität stärken!“

Bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“

H. S.

Am Samstag, den 14. Oktober 2023, findet schon zum zehnten Mal in Mannheim die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt.

In immer mehr Unternehmen wird BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung als „normal“ angesehen.

Die Entschließung der letztjährigen Tagung hatte festgestellt: „Die Durchsetzung eines ‚Rechts des Stärkeren‘ in prominenten und weniger prominenten Firmen und Einrichtungen ist unakzeptabel und muss konsequent bekämpft werden. ... Starke demokratische Gegenmacht ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können. Sie muss in den Betrieben und in der Öffentlichkeit entwickelt werden.“

In der Einladung zur diesjährigen Konferenz heißt es: „Im Zentrum unserer diesjährigen Konferenz steht zum einen die Notwendigkeit, Solidarität auch überbetrieblich zu entwickeln. Zudem wollen

wir uns mit erfolgreichen Methoden zur Verteidigung unserer Rechte im Betrieb befassen. Nicht zuletzt werden wir danach fragen, wie sehr das deutsche faschistische Arbeitsunrecht auch heute noch nachwirkt.“

Die Tagung soll nicht nur die bundesweite Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing stärken, sondern vor allem ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Unterstützung anbieten.

Anmeldung

Wegen des begrenzten Platzangebots ist eine frühzeitige schriftliche Anmeldung an die Veranstalter sehr sinnvoll – an solidaritaet@gegen-br-mobbing.de oder an Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim. ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Solidarität stärken!

Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Stefan Rebmann (DGB Baden-Württemberg)
Daniel Warkocz (IGM Mannheim)
Klaus-Dieter Freund (Rechtsanwalt)
Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen

Samstag, 14. Oktober 2023

13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden (KDA),
Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln

Solidarität gegen BR-Mobbing!

Wir dokumentieren im Folgenden den Aufruf zur Unterstützung des offenen Briefs von Günter Wallraff gegen das BR-Mobbing durch die Dulger-Firma ProMinent. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, diese Initiative zu unterstützen.

Die Unterschriftenkampagne offener Brief Günter Wallraff zu ProMinent geht weiter.

Mehrere Tausend Unterschriften unter den offenen Brief hat die Kampagne gegen das BR-Mobbing bei ProMinent, dem Heidelberger Konzern des BDA-Präsidenten Rainer Dulger, bisher erzielt.

Unterschrieben haben Betriebsräte, haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter:innen, Professor:innen, Politiker:innen, namhafte Jurist:innen und vom Bossing betroffene Kolleg:innen.

In Gesprächen auf der Bochumer Streik-konferenz Mitte Mai und auf Kundgebungen zum 1. Mai ist es besonders deutlich geworden:

Das Thema treibt sehr viele Beschäftigte, Arbeiter:innen und Angestellte, um. So viele, dass wir uns entschlossen haben, die Kampagne über den 31.5.23 hinaus weiterzuführen.

Wir sind uns sicher: Wir haben noch längst nicht alle erreicht. Denn Bossing oder BR-Mobbing kann jeden Betriebsrat und alle Kolleg:innen treffen, die ihrer Ge-

schaftsführung widersprechen, weil sie die Interessen der Belegschaft angemessen vertreten wollen.

Wir läuten eine zweite Phase ein, weil wir noch viel mehr Unterschriften haben können und die Kampagne bisher einen Zuspruch erfahren hat, mit dem wir nicht gerechnet haben.

Die Wildwest-Manieren der Geschäftsführungen und Konzernvorstände werden juristisch kaum geahndet. Sie dürfen nicht länger als Kavaliersdelikte behandelt werden.

Der Fall bei der Heidelberger ProMinent GmbH macht nochmal besonders deutlich, dass es höchste Zeit ist zu handeln:

Seit einigen Jahren sind dort engagierte Betriebsräte zur Zielscheibe der Geschäftsführung geworden (Details siehe offener Brief).*

ProMinent ist nicht irgendein Betrieb, sondern einer der drei Geschäftsführer ist neben Andreas Dulger auch sein Bruder Rainer Dulger, der seit 2020 Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ist.

Der dritte Geschäftsführer, Michael Benedikt Nagel, ist seit April 2019 für das Personalwesen zuständig. Er hatte zuvor u. a. als Anwalt für die bekannte Union-Buster-Kanzlei Hogan Lovells gearbeitet.

Seitdem Nagel in der Verantwortung ist, haben die Angriffe auf engagierte Betriebsräte ein Ausmaß angenommen, das für viele Betroffene nicht mehr tragbar ist und in Einzelfällen sogar zu schweren Erkrankungen geführt hat.

Wir finden: Es reicht. Deshalb erklären wir uns solidarisch mit den Betriebsräten: innen bei ProMinent und in anderen Firmen und fordern die Bundesregierung auf, endlich zu handeln.

Und BR-Mobbing, so wie im Ampel-Koalitionsvertrages angekündigt, endlich unter empfindliche Strafe zu stellen.

Bitte werdet Mitunterzeichner:innen des offenen Briefs von Günter Wallraff*. Der Brief mit der Unterschriftenliste soll sowohl dem Arbeitsminister als auch dem BDA übergeben werden.

* [Link zum offenen Brief und zur Unterschriftenseite: www.netigate.se/ra/s.aspx?s=1151263X385586598X71018.]

Zur Erinnerung an Reinhard Gebhardt (1949 – 2023)

E. B.

Unser Genosse und Mitstreiter Reinhard Gebhardt ist am 4. Juni 2023 im Alter von 74 Jahren viel zu früh verstorben.

Nach seinem Lehramtsstudium in Heidelberg wurde er 1974 wegen seines Engagements im KBW mit einem Berufsverbot belegt, so dass er nicht im Schuldienst tätig werden konnte. Reinhard arbeitete danach fast zwei Jahrzehnte unter gesundheitsschädigenden Bedingungen als Schweißer in einem örtlichen Metallbetrieb. Nach dessen Insolvenz wurde er in eine von prekärer Arbeit und Erwerbslosigkeit verursachte Armut getrieben, die sich 2012 in einer sehr geringen Rente niederschlug. Die grün-schwarze Landesregierung in Stuttgart verweigerte ihm bis zum Schluss eine Entschädigung für das erlittene Unrecht.

Reinhard setzte sich mehr als ein halbes

Jahrhundert für die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung ein. Er war aktiv in der Mannheimer LINKEN seit deren Gründung, im VVN/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, im Mannheimer Bündnis gegen Abschiebungen und in der Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote. Insbesondere engagierte er sich beim Freien Radio Bermudafunk. Dort moderierte er jahrelang die politische Monatssendung „Grenzenlos“ und dokumentierte zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen der Mannheimer linken Bewegungen.

Reinhard's unermüdlichen Einsatz für die Überwindung des Kapitalismus werden wir nicht vergessen.



Reinhard beim Ostermarsch in Mannheim, 16. April 2022.

Foto: Avanti²

Klima, Klasse, Widerstand!

Erfolgreiche Ökosozialistische Konferenz der ISO

J. H. W. / H. S.

Knapp 100 Teilnehmende zwei Dutzend Referierende und auf Podien Diskutierende (darunter Gäste aus Frankreich, Luxemburg, Österreich, Brasilien und Kolumbien) haben vom 9. bis 11. Juni 2023 im Naturfreundehaus Köln-Kalk in insgesamt drei Plenumsveranstaltungen und in 23 Arbeitsgruppen intensive Diskussionen geführt.

Verkehrs-, Wärme- und Energiepolitik, Strategie der Klimagerechtigkeitsbewegung, Berührungspunkte mit den realen Kämpfen in der Arbeitswelt, reale und mögliche Bündnisse, die Organisationsfrage und unsere Vorschläge für die Bewegung – das waren einige der behandelten Themen.

Neues Manifest der IV. Internationale

Ein Höhepunkt war sicherlich die Diskussion mit Christine Poupin von der französischen Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) über das Projekt eines ökosozialistischen Manifests der IV. Internationale. Geplant ist, dass ein abgerundeter Entwurf ab Herbst 2023 nicht nur innerhalb der IV. Internationale diskutiert wird. Es soll auch einen Austausch mit befreundeten und anderen interessierten politischen Organisationen sowie Aktiven aus Umwelt-Bewegungen geben. Die Ergebnisse der internen und externen Diskussionsprozesse sollen dann im Frühjahr 2025 zur Verabschiedung einer überarbeiteten Fassung durch den nächsten Weltkongress der IV. Internationale führen.

„Rückbau“, „Abbau“, „Degrowth“?

In diesem Zusammenhang konzentrierte sich die Diskussion auf folgende Hauptfragen:

- Wenn wir für die Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen eintreten, was zwangsläufig den Rückbau bestimmter Industrien und Energieformen bedeutet, wie nehmen wir den Beschäftigten dieser Bereiche die Angst vor Arbeitsplatzverlust und gewinnen sie für einen gemeinsamen Kampf?

Hierzu wurden verschiedene Ansatzpunkte vorgestellt: die Initiative „Straßenbahnen statt Autos“ aus Wolfsburg, den Widerstand gegen Abbau von Arbeitsplätzen und für ökologische Kraftwerke bei Alstom Power in Mannheim sowie den Kampf gegen Preistreiberei.

- Wie können praktische Kooperationen von Bewegungen gegen Megaprojekte mit der Klimagerechtigkeitsbewegung entwickelt werden? Sehr motivierend war die Vorführung des Films DAS TROJANISCHE PFERD – Stuttgart 21 über die immer noch anhaltenden Proteste gegen dieses kriminelle Bauvorhaben, das den Bahnverkehr in und um Stuttgart massiv schädigt, aber die Profite der Bereiche Immobilienspekulation und Tunnelbau noch weiter erhöht.

- Wenn die Verbrennung fossiler Energieträger global radikal reduziert werden muss, um den Klimawandel zu verlangsamen, wie überzeugen wir die Menschen in den Ländern des globalen Südens davon, dass der „globale Norden“ sie nicht schon wieder zu etwas zwingen will? Wie verbessert sich ihre Lebenssituation dauerhaft auch ohne den Bau von Kohle- und Atomkraftwerken? Wie lösen wir den Widerspruch, dass die Menschen

im „Norden“ wie im „Süden“ einen Angriff auf ihre heutigen Konsumgewohnheiten (und die Hoffnung auf genau deren Ausweitung in der Zukunft) in Namen des Klimaschutzes nicht akzeptieren werden? Zumindest solange nicht die Idee des „guten“ und „besseren“ Lebens (jenseits der kapitalistischen Konsumgesellschaft mit ihren künstlich erzeugten „Bedürfnissen“) vorstellbar und fassbar gemacht wird? Und wie kann diese Idee durchgesetzt oder können wenigstens glaubhafte Wege dahin aufgezeigt werden!

Abschlussplenum

Emi von der Kampagne „RWE & Co enteignen“, SoZ-Kolumnist Ingo Schmidt und der Agrarökologe Antonio Andrioli sprachen am Ende der Konferenz über mögliche Perspektiven, über offene Fragen und über Hindernisse, die sich uns entgegenstellen.

Wie kann aus einer Enteignung eine wirkliche Vergesellschaftung werden? Wenn „der Markt“ nicht alles regeln soll und vor allem nicht darf, brauchen wir dann einen Plan? Und wer stellt ihn auf? Wenn schädliche und überflüssige Waren nicht mehr hergestellt werden dürfen, wie kommen wir zu einer Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Menschen Dinge und Leistungen zur Bedürfnisbefriedigung erzeugen?

Angesichts der Dringlichkeit, der Klimakatastrophe entgegenzutreten, scheinen die Aufgaben riesig, die Kräfte bescheiden und der Weg noch nebulös zu sein. Aber wer nicht anfängt loszugehen, wird nirgendwo hinkommen. Sind wir ein paar Schritte vorangekommen, werden sich die Antworten auf einige Fragen deutlicher abzeichnen. Es wird weitere Erfahrungen aus sozialen und Klimakämpfen lokal und global geben. Darüber soll 2024, bei der nächsten Ökosozialistischen Konferenz der ISO, der Austausch fortgesetzt werden. ■



FFF-Demo in Aachen, 21. Juni 2019.

Foto: Avanti².

ISO-Lesekreis Juni 2023

„Nichts gegen junge Bankangestellte ...“

R. G.

Anlässlich des hundertsten Geburtstags von Ernest Mandel erinnert die ISO Rhein-Neckar mit verschiedenen Veranstaltungen an diesen herausragenden Marxisten und revolutionären Sozialisten. So hat auch unser Lesekreis im Juni einen Text von Mandel aus dem Jahr 1994 gelesen und diskutiert: „Nichts gegen junge Bankangestellte ... Die ‚langen Wellen‘ der kapitalistischen Entwicklung“.*

Der Text setzt sich nicht nur am Rande mit jungen Bankangestellten auseinander, viel mehr aber mit den „langen Wellen der kapitalistischen Entwicklung“. Dabei geht es Mandel vor allem um die ökonomische und politische Einordnung der kapitalistischen Entwicklung, die damit verbundenen Folgen und Gefahren und die seiner Meinung nach notwendigen politisch-praktischen Antworten der arbeitenden Klasse.

„Lange Wellen“

Die kapitalistische Weltwirtschaft bewegt sich Mandel zufolge in „langen Wellen“, in deren Verlauf es wirtschaftliche Auf- und Abschwünge gebe. Die lange Welle, in der man sich 1994 befunden habe, sei durch eine lange Depression geprägt gewesen. Eines ihrer Kennzeichen: Auch im Aufschwung wäre die Erwerbslosigkeit nicht abgebaut worden.

Knapp und treffend beschreibt Mandel die bis heute wirksame immense Anhäufung von Geld in den Händen Weniger, die wachsende „Globalisierung der Weltwirtschaft“, die zunehmende „Internationalisierung des Kapitals“ und die sich ausdehnende Spekulation auf den Devisenmärkten. Zudem versuche das Kapital, seine Profite zu sichern, indem es die sozialen Sicherungssysteme und die allgemeinen Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse angreife. Je länger sich diese Entwicklung fortsetze, umso mehr werde letztere dadurch geschwächt.

Krise der Glaubwürdigkeit

Doch diese Politik unterschätze die Gefahren, die damit für das Kapital selbst verbunden seien. Denn längst sei der Atem der

apokalyptischen Reiter zu spüren: Atomenergie, Krieg und Hunger „werden politische Folgen haben, welche die Demokratie bedrohen“. Die Massen würden diese Bedrohung und Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen nicht einfach hinnehmen und sich massenhaft dagegen wehren.

Allerdings verlaufe diese Entwicklung „in einem weltweiten Klima der tiefen Glaubwürdigkeitskrise des Sozialismus“. Ideen links von Stalinismus und Sozialdemokratie würden noch nicht als glaubwürdige Alternative betrachtet werden.

Sozialismus und Selbstverwaltung

Mandel sieht daher die Notwendigkeit, das gesellschaftliche Gegenmodell eines Sozialismus der Selbstverwaltung der Mehrheit der Bevölkerung zu vermitteln. Dazu bedürfe es einer glaubhaften Utopie.

Dieses Problem lasse sich nicht theoretisch lösen, sondern nur praktisch. Es brauche historische Ereignisse wie die russische und die deutsche Revolution. Wann dies geschehe, lasse sich nicht vorhersagen. Aber es gebe Grund zu Optimismus. Nicht zuletzt, weil „wir“ viele und „sie“ wenige seien. So gebe es weltweit inzwischen mehr als eine Milliarde Lohnabhängige und überall auf der Welt hätten sich diese organisiert.

Gefahren und Widerstand

Eine große Gefahr bestehe darin, dass es dem Kapital gelinge, die arbeitende Klasse zu zersplittern und zu entsolidarisieren. Die Folge wären Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und eine Gefährdung der politischen Demokratie sowie der Menschenrechte. Das wesentliche Mittel dagegen sei die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit durch die radikale Verkürzung der Arbeitszeit.

Aus all dem zieht Mandel am Ende eine notwendige Schlussfolgerung: „Widerstand, Rebellion, unbegrenzte Solidarität. Die unbegrenzte Überzeugung, daß letzten Endes die lohnabhängigen Menschen, die 99 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen und bestimmen können.“

Spannende Diskussion

Der Text von Ernest regte zu einer lebendigen und kritischen Diskussion an. So wurde etwa angemerkt, dass Mandel Fragen wie Ökologie und unbezahlte gesellschaftliche Sorgearbeit nicht ausreichend berücksichtigt habe. Am Ende waren sich aber alle Teilnehmenden einig: Die Auseinandersetzung mit diesem Text hat sich sehr gelohnt und war hilfreich für die politische Tagesarbeit. ■

* [www.iso-4-rhein-neckar.de/EM12].



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2022.

Foto: Avanti².

Kapitalismus: Paradies der allerletzten Generation? Sozialismus: Eine Utopie?

**Sommerseminar der ISO-Rhein-Neckar
Mannheim, Samstag, 12. August 2023, ab 13:00 Uhr**

M. G.

Es läuft sehr gut für die Profiteure des Kapitalismus. Die oberen Zehntausend häufen immer mehr Vermögen an. Ihre Herrschaft und ihr Treiben scheinen für alle Ewigkeit gesichert. Paradiesische Zustände also auf Erden?

Unsere Leben, unsere Einkommen, unsere Gesundheit und unsere demokratischen Grundrechte sind jedoch zunehmend bedroht. Die immer rücksichtslosere Jagd nach noch mehr Profit und die anschwellenden kriegerischen Machtkämpfe der Herrschenden zerstören unsere Existenzgrundlagen und stärken faschistische Parteien.

Wenn wir, statt diese Realität zu verdrängen, über sie nachdenken, stellen sich herausfordernde Fragen: Mit wem zusammen können wir dem aktuellen Knäuel brandgefährlicher Krisen entgegentreten? Welche Alternativen zum Kapitalismus gibt es? Wie können wir sie durchsetzen?

Bei unserem Sommerseminar 2023 wollen wir uns in einem entspannten Rahmen mit zwei Schwerpunktthemen befassen.

Erstens möchten wir den Spätkapitalis-

mus und seine Widersprüche besser verstehen. Zweitens beabsichtigen wir, uns eine Vorstellung von einer solidarischen Gesellschaft und deren Durchsetzung zu schaffen. Dabei werden wir insbesondere auf die Analysen und Vorschläge unseres Genossen Ernest Mandel (1923 -1995) zurückgreifen, dem sicherlich bedeutendsten Kritiker des Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit Referaten, Filmen, Lesungen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir versuchen, gemeinsame Antworten auf die brennendsten Fragen der Gegenwart zu finden.

Unser Seminar findet in gut geeigneten Räumlichkeiten in Mannheim statt. Beginn ist am Samstag, den 12. August 2023, ab 13:00 Uhr, Ende gegen 18:30 Uhr. Anschließend beginnt am selben Ort unser Sommerfest. ■

Keine Zeit, um gemeinsam zu feiern?

**Sommerfest der ISO-Rhein-Neckar
Samstag, 12. August 2023, ab 19:00 Uhr**

Es ist höchste Zeit, unser gemeinsames Engagement für eine andere, eine solidarische Welt wieder mit dem gemeinsamen Feiern zu verbinden. Am Samstag, den 12. August 2023, findet deshalb ab 19:00 Uhr in Mannheim das diesjährige Sommerfest der ISO Rhein-Neckar statt.

Gerade in Perioden der Vervielfachung von Krisen kommt der persönliche Austausch aufgrund der Organisation unserer vielen politischen Aktivitäten zu kurz. Unser Sommerfest bietet Raum zum Reden, zum Zuhören, zum Lachen – unter dem Motto: Es lebe das richtige Leben, auch im falschen!

Wir haben ein weitläufiges Festgelände und geeignete Räumlichkeiten organisiert. Für Musik und Getränke ist ausreichend gesorgt. Auch der Grill wird so bestückt werden, dass niemand Hunger leiden muss. Wir freuen uns dennoch, wenn Ihr die eine oder andere Leckerei und vor allem gute Laune mitbringt.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren Aktiven oder bei ISO Rhein-Neckar:

Postfach 1026110, 68026 Mannheim,
Tel./Fax: +49(0)621/42948154,
Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de. ■



Protest gegen die allerletzte Generation in Hölle / Oberfranken, 3. April 2018.

Mit emanzipatorischer Kultur gegen rechte Aufmärsche Kampf um das Erbe des Hambacher Festes 1832

N. B.

Eine kleine Gruppe von Engagierten, Interessierten und Musikbegeisterten machte sich mit Aktiven der ISO Rhein-Neckar am Pfingstsamstag, den 27. Mai 2023, auf den Weg zu „Musik am Schloss“ auf der *Keschdeburg*.

Der „Freundeskreis Hambacher Fest 1832“ hatte eine Feier für Groß und Klein organisiert. Die ganz Jungen sangen und tanzten begeistert zum Kinder-Konzert mit „Basti“, während die „Großen“ auf ihr Highlight mit den Mannheimer Musik-Gruppen ewo² und Shin-En warteten. Deren emanzipatorische Lieder und engagierte Musik für die Verteidigung demokratischer Grundrechte und den Kampf gegen Faschismus erfüllte dann auch alle mit Freude. Das Wetter war gut, die Stimmung bestens. So bot der Nachmittag eine gute Mischung aus kulturellem Programm, persönlichen und politischen Gesprächen sowie Entspannung.

„Musik am Schloss“ am Samstag war aber auch eine Gegenveranstaltung zu

dem, was am Pfingstsonntag folgte: Seit 2018 ruft Wolfgang Kochanek seine „Weißen“ zu einem „neuen Hambacher Fest“ auf. Etwa 2.800 weiß Gekleidete aus dem Spektrum „Querdenken“, Reichsbürger und Neofaschismus folgten seinem Aufruf dieses Jahr und traten ein für die Interessen des deutschen Kapitals.

Demokratiefeindlich wollen sie das Demokratie-Fest auf dem Hambacher Schloss 1832 für sich vereinnahmen. Doch worum ging es damals wirklich? Am 27. Mai 1832 kamen bis zu 30.000 Menschen zusammen, die sich gegen Monarchie und Fürstenherrschaft sowie für Brüderlichkeit und freie Meinungsäußerung aussprachen. Studenten, Handwerker, Winzer, Tagelöhner und Kleinbauern, viele Frauen und sogar französische und polnische

Freiheitskämpfer folgten dem Aufruf zum Hambacher Fest. Sie traten mutig für das Gegenteil dessen ein, wofür „die Weißen“ stehen. ■



ewo² bei „Musik am Schloss“, 27. Mai 2023.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MO, 03.07.2023, 18:00 Uhr, Demo „Freiheit für Assange“, Bismarckplatz, HD
- DI, 04.07.2023, 19:00 Uhr, „Wangari Maathai“, Abendakademie MA
- MI, 05.07.2023, 18:00 Uhr, 175 Jahre Badische Revolution, Marchivum MA
- SAM, 08.07.2023, „Flagge zeigen für atomare Abrüstung“, Rathaus MA
- SO, 09.07.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DO, 13.07.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 21.07.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- FR, 28.07.2023, 19:30 Uhr, Antikriegsfilm „Im Westen nichts Neues“, Cinema Quadrat MA
- SAM, 12.08.2023, 13:00 Uhr, Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar, MA
- SAM, 12.08.2023, 19:00 Uhr, Sommerfest der ISO Rhein-Neckar, MA

Vorschau

- FR, 01.09.2023, Antikriegstag
- SAM, 14.10.2023, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA



Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

